

Soweit in diesem Antrag personenbezogene Ausdrücke verwendet werden umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen.

Die unterfertigten Bezirksräte der FPÖ – Margareten stellen gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

ANTRAG:

Die Bezirksvertretung Margareten möge in der Sitzung am 20.09.2016 beschließen:

Die zuständige Bezirksvorsteherin wird aufgefordert, bezüglich der „Entgeltliche Einschaltung“ im Magazin *Five ist Life* den konkreten Preis und dessen Bezahlung inklusive Nebenabreden wie Rabatte usw. für eine Interviewplatzierung in der Nummer 2016/01, Seite 24 und 25 gegenüber der Bezirksvertretung offenzulegen.

BEGRÜNDUNG:

Dass es die SPÖ weder auf Bundes- noch auf Stadtebene Wien mit der Transparenz in Sachen Inseratenschaltung sehr genau nimmt, ist historisches Allgemeingut. Einen besonderen Vogel in Sachen Intransparenz hat nun jedoch die Bezirksvorsteherin von Wien-Margareten, Susanne Schaefer-Wiery(SPÖ) in Sachen Inseratenpreis abgeschossen. Die SPÖ-Kommunalpolitikerin ließ sich via entgeltlicher Medienkooperation vom Magazin Five ist Live auf zwei Seiten für die Nummer 2016/1 interviewen. Gekennzeichnet war das Interview mit dem Vermerk „Entgeltliche Einschaltung“.

Die FPÖ-Margareten wollte nun von der Frau Bezirksvorsteherin erfahren, was das zweiseitige Interview als „entgeltliche Einschaltung“ wohl die Bezirksbürger des 5. Bezirks als Steuerzahler gekostet hat. Dies schmeckte Frau Schaefer-Wiery(SPÖ) offensichtlich gar nicht. In einer Anfragebeantwortung verstieg sie sich in eine eigenartige Argumentation.

Nach einer wortreichen Einleitung über die Bedeutung von Grätzelmagazinen erklärte die rote Bezirksvorsteherin gegenüber der FPÖ-Opposition, warum sie über den konkreten Preis der Einschaltung nichts sagen wolle. Laut Schaefer-Wiery seien Inseratenpreise des Magazins Five ist Life „sensible Daten“: (...) *Die Preisverhandlung mit dem Medieninhaber und Herausgeber wurde auf Basis der offiziellen Preisliste des Magazins „Five ist Life“, die unter der Email-Adresse info@wienmargareten.at angefordert werden kann, durchgeführt und erzielte im Sinne der Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit im Umgang mit öffentlichen Mitteln einen darüber hinausgehenden Rabatt. Detailauskünfte hinsichtlich geschäftlicher Vereinbarungen werden deshalb nicht bekannt gegeben, weil die Bekanntmachung derart sensibler Daten unsere Position hinsichtlich der Konditionsgestaltung für zukünftige Projekte schwächen würde und darüber hinaus den üblichen Geschäftsusancen widerspricht, was wieder zum Nachteil der Steuerzahlerinnen führen würde.*(...)

Die Mitglieder der Bezirksvertretung haben ein Recht, über die Verwendung der durch die Bezirksvorstehung ausgegebenen Mittel, insbesondere auch für Inserate, im Detail informiert zu werden. Dies zu unterlassen, und damit zu erklären, dass Verhandlungspositionen dadurch geschwächt würden, ist im 21. Jahrhundert und einer auch auf anderen Ebenen des Staates praktizierten Medientransparenz nicht argumentierbar.

.....
BR Dr. Fritz Simhandl

.....
BR Roland Guggenberger

.....
BR Andreas Schön

.....
BR Edith Guggenberger

.....
BR Gerald Suzan